Das feinste Aroma hat gerösteter
Karlsbader Kaffee!
Hochster Extractgehalt!
Max Thürmer, Dresden, Kaulbach-Strasse 18.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1893.

Meyer's Hohenzoller-Mäntel, Joppen mit Lamafutter
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. 8 u. 10.

Julius Schädlich
Am See 16.
Kerzen-Kronleuchter.
Petroleum-Lampen.

Franz Pillnay
Fabrik zweckentsprechender Lacke für alle Branchen
Dresden-Neustadt.

Patent-Waagen-Fabrik E. Hoff & Co. Dresden, Waisenstr. 3

MATTONI'S GIESSHÜBLER SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk,
erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI
in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad.

Tapisserie-Manufactur C. Hesse, Königl. Hofl., Altmarkt,
empfiehlt neben seinen Neuheiten vorjährige Muster von Handarbeiten zu ganz bedeutend ermässigten Preisen.

Nr. 285. Spiegel: Ausbreitung des Antisemitismus. Hofnachrichten, Beisetzung des Grafen Fabrice, Landtagsnachrichten, Dresdner Rennen, Allgemeiner Turnverein, Handwerkerverein, Gerichtsverhandlungen. Rozalski-Concert.

Donnerstag, 12. October.

Politisches.

Die Zeichen mehren sich, die bekunden, daß das Ende unseres Jahrhunderts den Kriegsschauplatz bilden werde für die Entscheidung einer Frage, die, aus unscheinbaren Anfängen hervorgegangen, in seltsam rascher Fortentwickelung die Gemüther ergriffen hat und heute bereits zu einer achtunggebietenden Bewegung geworden ist, die mit der elementaren Gewalt eines von den Frühlingsgewässern angeschwollenen Bergstroms alle Hindernisse niederzureißen droht und die ernste Aufmerksamkeit der leitenden Kreise unseres Volkes herausfordert. Die ursprünglich beliebte geflissentliche Nichtbeachtung der unzweifelhaft in hohem Maße volksthümlichen antisemitischen Bewegung von Seiten der durch Geburt, Bildung und Besitz maßgebenden Elemente der Nation ist in erster Linie die Ursache einer heute allseitig so übel empfundenen demagogischen Entartung der dem antisemitischen Bekenntniß zugewandten Massen. Leider muß mit der Thatsache der Radikalisirung des Antisemitismus als eines fortschreitenden Prozesses, so lange nicht für den Strom ein geeignetes Bett gefunden ist, gerechnet werden und zwar in dem Sinne, daß die bisherigen staatserhaltenden Parteien sich endlich einmal die Augen über die drohenden Gefahren der gegenwärtigen Entwickelung der Judenfrage aufgehen lassen. Sie müßten zu einer geschlossenen Stellungnahme zu derselben gelangen, die in einer ehrlichen Schutzpolitik für die durch spezifisch jüdische Einflüsse gefährdeten nationalen, wirthschaftlichen und sittlichen Interessen unseres Volksthums das natürliche autoritative Gegengewicht gegen die brutalen Instinkte einer ebenso hetherischen wie lnggewohnten Demagogie darbietet. Die konservative Partei hat in richtiger Erkenntniß dieser von der Noth der Zeit gebieterisch geforderten Pflicht gegen das gemeine Wohl einen entsprechenden Schritt in der Revision ihres Programms bereits gethan. Um aber die dadurch angebahnte Reform zu einem gedeihlichen Abschluß zu bringen, darf sich der gemäßigte Liberalismus nicht neutral halten. Auch für ihn gilt es mitzukämpfen für die Befreiung unseres Volkes von einem Dämon, der in Gestalt eines erbarmungslosen, auf die Macht des Geldes gestützten jüdischen Terrorismus immer dreister sein Haupt erhebt. Daß der gemäßigte Liberalismus keineswegs in prinzipiellem Gegensatz zu einer etwaigen Aufnahme der Judenfrage in sein Programm steht, kann durch zahlreiche Beweise erhärtet werden. Man braucht nur an das ehemalige hervorragende Mitglied der nationalliberalen Partei, den großen nationalen Historiker Professor von Treitschke zu denken, der zu einer Zeit, als das deutsche Publikum noch in kindlich naiver Unkenntniß des jüdischen Sonderwesens dahinlebte, den seither zum geflügelten Wort gewordenen Ausspruch that: „Die Juden sind unser Unglück". Ueberdies hat es gerade in der jüngsten Zeit nicht an allerlei Kundgebungen antisemitischen Charakters innerhalb der nationalliberalen Partei und Presse gefehlt. Gleichwohl ist bisher von einer partei-offiziellen Aufnahme der Judenfrage von Seiten der Nationalliberalen keine Rede gewesen.

Neuerdings ist aber ein Ereigniß eingetreten, welches, wenn die Dinge einen folgerichtigen Verlauf nehmen, als geeignet erklärt werden muß, einen zielbewußten Umschwung in den Reihen der Nationalliberalen herbeizuführen und die bisher von ihnen in der Judenfrage beliebte Moll-Tonart allgemein auf Dur zu stimmen. Dies Ereigniß ist die bekannte Kriegserklärung einer Anzahl von Meß-Rundreise-Juden gegen die Stadt Leipzig. In der That ein unerhörtes Stückchen, an dem übrigens neben seiner schier unglaublichen Dreistigkeit ebenso sehr die taktische Ungeschicklichkeit auffällt, einen derartigen Saltomortale unter den gegenwärtigen auf's Aeußerste gespannten Verhältnissen und noch dazu in der Hochburg des Nationalliberalismus auszuführen! Die nächste Folge der jüdischen Provokation ist bereits gewesen, daß das führende nationalliberale Organ Leipzigs einen Artikel: „Die Drohung der Borstenhändler" veröffentlicht, der an Schärfe und Tragweite nichts zu wünschen übrig läßt. Wenn aber das darin ausgesprochene stolze Wort: „Wie immer der erklärte Krieg enden möge, die Juden werden die Besiegten sein", allgemein in Erfüllung gehen soll, dann ist unumgänglich nothwendig, daß sich innerhalb des Liberalismus die Erkenntniß von der Solidarität des jüdischen Handelns Bahn bricht. Das bisher geübte Sichversteifen auf den haltlosen Einwand, die Verallgemeinerung der Judenfrage verstoße „gegen die Regeln der induktiven Logik" muß endlich aufhören. Diese Methode führt zur Verkennung gerade der bedenklichsten Seite der Frage. Auch das „L. Tgbl." wird am Schlusse des erwähnten Artikels von seinem alten philosemitischen Adam verführt zu erklären, die Leipziger jüdischen Mitbürger seien „nach ihrer Versicherung" bemüht, die fremden borstenhandelnden Glaubensgenossen von ihrem Vorhaben abzubringen, und sie seien daher von dem Vorwurf der Passivität gegenüber den bedenklichen jüdischen Elementen (d. h. also von dem Vorwurf der jüdischen Solidarität) freizusprechen. (!) Das Blatt will es offenbar mit Niemandem verderben. Wer aber überhaupt sehen will, kann sich unmöglich dem Eindruck verschließen, daß der jüdische Einfluß als solcher sich bemerkbar macht und daher, weil verderblich, auch als solcher bekämpft werden muß.

Der Mangel einer genügend klaren Erkenntniß dieses Kardinalpunktes ist die leitende Ursache der widerspruchsvollen Haltung, die der gemäßigte Liberalismus bisher in der Judenfrage zur Schau getragen hat. Erfreulich und gute Aussichten für die Zukunft erweckend ist zunächst der Standpunkt der „Nationallib. Korresp.", welche dieser Tage schrieb: „Es würde thöricht sein, wollte man die antisemitische Bewegung als eine ausschließlich künstliche Mache bezeichnen.... Demgemäß hat die nationalliberale Partei an den gesetzgeberischen Maßnahmen zur Abstellung gewisser wirthschaftlicher Schäden, die unbestreitbar durch eine vorwiegend von jüdischen Geschäftsleuten geübte Praxis entstanden sind, rückhaltlos mitgewirkt... Die Schwierigkeiten, welche das Vorhandensein eines über das ganze Reichsgebiet ausgebreiteten, nach Herkunft und Gebräuchen fremden Bestandtheils in unserem Volkskörper bereitet, müssen gehoben werden." Aber dieser Meinungsausdruck des genannten parteioffiziellen Organs wird durch folgende scharfe Aeußerung der verwandten „Berl. Börs.-Ztg." stark in den Schatten gestellt: „Die „Kreuzztg." darf sicher sein, daß alle ihre Bemühungen, den Nationalliberalismus für ihre Zwecke einzufangen, am Ende nur den einen Erfolg haben werden, daß die Scheidegrenze zwischen Nationalliberalismus und Antisemitismus allerorts noch schärfer als bisher gezogen wird. Im Lager des Nationalliberalismus wird der Antisemitismus nie zu finden sein, und eine politische Kurzsichtigkeit, wie sie auf konservativer Seite mit der Aufstellung des „Tivoli-Programms" zu Tage trat, wird der Nationalliberalismus niemals nachahmen." Für geradezu unbegreiflich muß man ferner folgende neueste philosemitische Kernleistung der „Köln. Ztg." erklären: „Man kann nicht eine Judenfrage aufstellen oder in ein Programm aufnehmen und damit Anklagen erheben, die unterschiedslos jeden Juden treffen oder doch unterschiedslos auf jeden Juden bezogen werden, ohne sich auf den Boden der Rohheit und der Ungerechtigkeit zu stellen. Wer einer Reform-Aufgabe eine Bezeichnung giebt, die alle anderen Titel der Gattung und alle anderen Merkmale als die der Abstammung zerdrückt, stellt sich, gleichviel wie „gemäßigt" er im Uebrigen zu verfahren beabsichtigen mag, auf jeden Fall unter dieses Urtheil. Und darin, daß die konservative Partei diesen Schritt vollzogen und sich des Vorsatzes, vornehm und gerecht zu sein, entäußert hat, liegt der charakteristische Zug des neuen Programms." Das heißt denn doch nichts Anderes, als die qualmende Gluth jüdischer Anmaßung mit dem Schürreisen der Kurzsichtigkeit zur hellen Flamme entfachen! Wer darf sich dann noch wundern, wenn er das Judenthum „mit Schritten eines Niebesiegten" unter uns umherwandeln sieht? Auch die Erklärung des nationalliberalen Vereins für das Königreich Sachsen über die Judenfrage in dem Aufruf zu den bevorstehenden Landtagswahlen vermag nicht zu befriedigen. Es wird darin ausdrücklich festgestellt, daß jede Ausnahms-Gesetzgebung gegenüber dem Judenthum als solchem für unzulässig zu erachten sei. In dieser mit schwer verständlicher Hartnäckigkeit festgehaltenen „Unzulässigkeit jeder Ausnahms-Gesetzgebung" liegt, wie gesagt, der springende Punkt, der den gemäßigten Liberalismus in der Judenfrage nicht zum sicheren Schuß kommen läßt. Die antisemitische Bewegung beruht auf der Erkenntniß, daß die aus dem fremdländischen Judenthum hervorgehenden schädlichen Einflüsse auf unsere nationale und christlich-sittliche Eigenart durch die bestehenden Gesetze nicht ausreichend bekämpft werden können. Diese Erkenntniß braucht nicht unbedingt auf das schwer ackerbare Feld der Aufhebung der Emanzipation zu führen. Unumgänglich aber folgt aus ihr die Nothwendigkeit, wenigstens auf dem Wege der Verwaltung und durch eine allgemeine sozialpolitische Gesetzgebung den Uebergriffen der Juden Halt zu gebieten. Wenn dies auf's Innigste zu wünschende Ziel ohne schwere Schädigung des inneren Friedens unseres Volkes erreicht werden soll, ist ein Zusammengehen des gemäßigten Liberalismus mit dem Konservatismus unabweisbar. Speziell in Sachsen liegen die Verhältnisse derartig, daß die Nationalliberalen in ihrem eigenen Interesse nicht mehr lange zögern dürfen, eine entscheidende Frontstellung einzunehmen, Anderenfalls würden sie den letzten Fußbreit Boden unter ihren Füßen weichen sehen. Die Aufnahme der konservativen Parole in der Judenfrage durch die Nationalliberalen ist das einzige sichere Mittel, um die sonst Alles verschlingende Wühlmaschine des demagogischen Pseudo-Antisemitismus auf den todten Punkt zu stellen. Daher ergeht an die Nationalliberalen in der Judenfrage der dringende Ruf des Volkes: „Schafft Klarheit!".

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 11. October.

Berlin. Das Kaiserpaar kehrt Ende der Woche nach Potsdam zurück. — Der Kaiser wohnt am 18. d. M. der Enthüllung des Denkmals Kaiser Wilhelm I. in Bremen bei und begiebt sich am 22. d. M., dem Geburtstag der Kaiserin, mit dem Kronprinzen nach Dresden, um dem 50jährigen Militärdienstjubiläum des Königs von Sachsen beizuwohnen. — Zu Ehren des Prinzen Friedrich August von Sachsen fand heute Nachmittag im Kasino des Gardeschützen-Bataillons ein großes Diner statt, zu welchem das Gefolge des Prinzen, der sächsische Gesandte Graf Hohenthal u. s. w., Einladungen erhalten hatten. — Die Nachricht, der Großherzog von Sachsen-Weimar habe anläßlich der Günser Depesche Glückwunschtelegramme an den Kaiser und Bismarck gerichtet, wird von der weimarischen Zeitung auf einen Irrthum zurückgeführt. — Der Bundesrath beschließt morgen über eine Anzahl von Eingaben betr. die Ausdehnung der Unfallversicherung. — Die Kommission für die zweite Lesung des bürgerlichen Gesetzbuches ist anfangs dieser Woche wieder zusammengetreten. — Die den unmittelbar aus Chicago zurückkommenden deutschen Ausstellungsgütern von den deutschen Bahnen zugestandenen Frachtermäßigungen gelten für die Güter, die noch auf der von privater Seite in Chicago veranstalteten sogenannten Winterausstellung ausgestellt werden, nicht. — Die Grönland-Expedition der hiesigen Gesellschaft für Erdkunde ist gestern nach 1½jähriger Abwesenheit glücklich in Frederikshavn (Kattegat) eingelaufen. Die Expedition war speziell zum Studium der polarischen Gletscherwelt ausgesandt. — Der Kongreß der Tabakarbeiter Deutschlands findet am 26. November hier statt. — Das kaiserliche Gesundheitsamt macht folgende Cholerafälle bekannt: In Hamburg wurden von gestern bis heute früh 3 Erkrankungen, darunter eine mit tödtlichem Ausgang, festgestellt. Außerdem ist ein Flußschiffer von der Ober-Elbe cholerakrank daselbst angekommen, in Stettin eine tödtlich verlaufene Erkrankung, in Nieder-Krönitz (Kreis Königsberg) ein weiterer Krankheitsfall.

Köln. Die „Köln. Ztg." schreibt: Gegenüber der Behauptung, die Kommission für die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen werde vor Ostern ihre Arbeit nicht beendigen, muß nachdrücklich erklärt werden, daß die Beendigung dieser Arbeiten bisher keineswegs zu übersehen sei. In allen bisherigen Sitzungen wurde mit thunlichster Beschleunigung gearbeitet und es bei der beste Wille vorhanden, die Berathungen möglichst schnell zu einem glücklichen Ende zu führen. — Diese Woche tritt die technische Kommission zusammen, welcher deutscherseits der Oberfinanzrath v. Schmidt, der Oberregierungsrath Henle und der Oberzollinspektor Reimann angehören, ferner wird der Zollbeirath in dieser Woche berufen werden.

Wiesbaden. Der Mainzer Militärkapellmeister Pern ist nunmehr vom Kriegsgericht zu 1 Jahr Festung und Degradation verurtheilt worden. Derselbe wurde heute zur Abbüßung seiner Strafe nach Mainz abgeführt.

Frankfurt a. O. Eine Versammlung von Tabakinteressenten nahm gestern nach einem Vortrag eines Fabrikanten einstimmig eine Resolution gegen jede weitere Belastung des Tabaks an.

Ratibor. Nachdem auch hier die ultramontanen Polen die offizielle Centrumskandidatur verworfen haben, verkündet das führende Polenorgan Schlesiens die definitive Lossagung der oberschlesischen Polen vom Centrum.

Reuß. Der muthmaßliche Mörder des am Sonntag mit aufgeschlitztem Leib aufgefundenen Mädchens wurde gestern bei einem abermaligen Attentat in Neu-Hochkirch festgenommen.

Würzburg. Der der sozialdemokratischen Agitation beschuldigte Leutnant Hofmeister wurde vom Militärgericht freigesprochen, nachdem die Hauptzeugen ihre früheren Angaben sehr modifizirt hatten.

Wien. Die Motive zur Verordnung der Ausnahme-Verfügung in Prag und Umgebung sind heute vertheilt worden. In denselben wird der maßlose Mißbrauch der Preßfreiheit und des Vereins- und Versammlungsrechtes hervorgehoben, wodurch von Agitatoren eine Verhetzung der Bevölkerung gegen die konstitutionellen Einrichtungen, die sozialen Zustände und Nationalitäten, sowie gegen jede gesetzliche Autorität in Scene gesetzt würde. Die Folgen der Agitation hätten sich gezeigt in den wiederkehrenden rohen Ausschreitungen gegen die katholische Kirche, in der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, in der Bedrohung der Sicherheit von Personen und Eigenthum, in der Mißachtung von Behörden, in Widersetzlichkeiten gegen deren Organe und sogar in sehr bedauerlichen Ausschreitungen und in einer hochverrätherischen Tendenz, zu deren Bekämpfung die gewöhnlichen Mittel der Regierungsgewalt nicht ausreichen. Die Regierung behält sich vor, konkrete Thatsachen während der parlamentarischen Berathung mitzutheilen. — Die deutsch-liberale Partei beschloß noch gestern, eine Gegenwahl-Reform einzubringen, fußend auf einem Vorschlag des Abgeordneten Bärenreuther, demzufolge der Gruppe der industriellen Arbeiter auf Grund ihrer Organisationen in dem Unfall- und Krankenversicherungsfach 20 neue Reichstagsmandate zugewiesen werden sollen. Die „Neue Freie Presse", das Hauptorgan der deutsch-liberalen Partei, kündigt der Vorlage offen Krieg an; dieselbe schaffe ein Wahlsystem, welches die Mittelklasse zwischen Aristokratie und Proletariat wie zwischen zwei Mühlsteinen zerreibe und die Säule Oesterreichs, das Deutschthum, zertrümmere. Sie sei ein Keilschlag gegen das Bürgerthum und gegen das Deutschthum insbesondere. Der Entwurf findet nur bei entschieden offiziösen und in Blättern sozialistischer und antisemitischer Richtung ungetheilte Zustimmung, sonst lauten die Urtheile theils abfällig, theils enthalten sie schwere Bedenken. — Wie mehrfach verlautet, wird binnen Kurzem das Futterausfuhrverbot in der ganzen Monarchie aufgehoben werden.

Prag. Vor dem hiesigen Landgerichte begannen heute die Prozesse gegen die Urheber und Theilnehmer der letzten exekrablen Excesse und Demonstrationen. Der jungczechische Redakteur Anton Veselý wurde wegen Majestätsbeleidigung und Störung der öffentlichen Ruhe zu 11 Monaten schweren Kerker mit Fasten und Einzelhaft verurtheilt.

Paris. Der „Figaro" will wissen, daß ein englisches Geschwader im November oder Dezember in einem französischen Kriegshafen den Portsmouther Flottenbesuch erwiedern werde. — Der Vorstand der Aktenkammer beschloß gestern einstimmig, daß er während der ganzen Russiensiesta als alleinige gesetzliche Vertretung des Parlaments anzusehen sei.

Rom. Aus Sicilien wird telegraphirt, daß in Corleone 70,000 Landarbeiter die Arbeit niederlegten. Bewaffnete Bauernhaufen durchziehen die Gegenden und drohen, Verhaftungen, die etwa vorgenommen würden, Widerstand zu leisten. Die Regierung schickt Truppen nach den bedrohten Punkten.

Nizza. Die französischen Grenztruppen werden erheblich verstärkt.

London. In Nottingham haben zwei der Hüttengesellschaft Stanton gehörige Kohlengruben, welche 2000 Arbeiter beschäftigen, den Betrieb wieder aufgenommen. Die übrigen Kohlengruben schließen sich heute an.

London. Infolge alarmirender Depeschen aus Südafrika trat der Kolonialminister Lord Ripon gestern hier zu Berathungen im Kolonialamt ein. Es wurde beschlossen, schleunigst englische Truppen nach Kapstadt zu schicken und telegraphisch die Absendung der dortigen Truppen gegen die Matabeles zu befehlen. Die Machtmittel der südafrikanischen Gesellschaft gelten für unzureichend. Die Lage ist äußerst kritisch.

Batum. Auf einer nahe gelegenen Station wurde ein Zug der transkaukasischen Bahn, in dessen letztem Waggon sich bedeutende Geldsummen für die hiesige Garnison unter Gendarmeriebegleitung befanden, von Räubern in tscherkessischer Tracht überfallen und beraubt. Nach hartem Kampfe wurden drei Gendarme und vier Räuber todtgeschossen. Vor Ankunft des herbeigerufenen Militärs entflohen die Räuber.

New-York. Nach einer Meldung aus Montevideo hat Admiral Mello eine Kundgebung erlassen, in welcher er erklärt, daß er, im Fall sein Unternehmen erfolgreich sein würde, streng die republikanischen Einrichtungen aufrecht erhalten werde. Peixoto habe die Verfassung Brasiliens verletzt und das Gedeihen des Landes in Frage gestellt, indem er dasselbe einem Bürgerkriege aussetzte; er, Mello, strebe nicht nach der Macht, sondern wolle nur das Land retten und das Volk von der Tyrannei befreien. Er vertraue auf den endlichen Sieg seiner Sache.

Die **Berliner Börse** verlief schwach im Anschluß an die matten Meldungen der auswärtigen Plätze. Namentlich waren Kreditaktien und ungarische Renten stark angegriffen, lokale Ban-

Pfund's verdickte Kindermilch. (Schmelzmehl) Trocken fütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 79.